

Agrarpolitik im Citystate?

SVIL Tagung 2012 zur AP 14-17

Müssen wir die Landwirtschaft wegen des Freihandels der Nahrungsmittelindustrie opfern? Sind Swisness und Qualitätskooperation in der Wertschöpfungskette ein ernsthaftes Projekt? Trennt die AP 14-17 mit ihrer „Weiterentwicklung der Direktzahlungen“ (WDZ) die Landwirtschaft letztlich von der Produktion und entschädigt sie nur noch mit reinen Geldpreisen für Ökopfleger im Citystate?

Es fehlt in der AP 14-17 die Sicherung der produzierenden Landwirtschaft, welche auch eine der Bevölkerungszahl angepasste Schlagkraft hat. Ernährung und sichere Infrastrukturen sind vitale Grundlagen eines Kleinstaates für Unabhängigkeit, innere Stabilität und wirtschaftliche Prosperität auf hohem Qualitätsniveau. Die SVIL Tagung vom 30. Mai in Bern mit NR Peter Spuhler, Inhaber und CEO der Stadler Rail Holding, und NR Andreas Aebi, Landwirt und Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, hat gezeigt, dass eine *volkswirtschaftliche* Allianz zwischen Industrie und Landwirtschaft notwendig ist. Der innere volkswirtschaftliche Zusammenhang – mit der Landwirtschaft als Fundament — bleibt die massgebende Grösse, wenn wir im sich verschärfenden Kampf um Wachstum und Märkte bestehen wollen.

„Mit Nahrungsmitteln die Grenzen sprengen“! So berichtet die NZZ über die Branchentagung der Exportförderungsorganisation des Bundes (Osec) vom 1. Juni. „Deutschland, Russland, China und Brasilien sind aus Sicht der Föderation der Schweizer Nahrungsmittel-Industrien besonders interessante Märkte“. Die Staaten des Mercosur seien, wie ebenfalls berichtet wurde, nicht bereit Freihandelsverhandlungen mit der Schweiz aufzunehmen, wenn die Schweiz nicht willig sei, ihre Agrarpolitik grundsätzlich zu ändern. „Da die Schweiz wegen ihres kleinen Marktes gegenüber einem Land wie China nicht mit quantitativen Argumenten punkten könne, müssten nun andere Trümpfe ausgespielt werden“, hiess es ebendort. Als ‚Trumpf‘ ist die „Beseitigung des Grenzschutzes“ der Schweiz gemeint. — Als ob sich China im Entferntesten um Nahrungsmittellieferungen in die Schweiz interessieren würde und als ob Südamerika nicht ebenfalls mehr Interesse an seiner Industrieentwicklung hat anstelle des bereits übermässigen ‚Sojaexportes‘ nach Europa.

Den aktiven Interessen der Nahrungsmittelindustrie am Agrarfreihandel steht jedoch ein volkswirtschaftliches Gesamtinteresse gegenüber, welches die SVIL seit der Ernährungskrise von 1918 vertritt. Hier liegt das Kernproblem: Alle Volkswirtschaften schützen ihre vitalen Versorgungsinteressen wie Ernährung und Energie, um Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die hohe Kaufkraft nützt nichts, wenn Märkte nicht mehr funktionieren! Aber Verarbeitung und Handel von Nahrungsmitteln mit Wachstum im Export geraten deshalb zunehmend in Konflikt mit dem Versorgungskonzept auf der Basis einer eigenen konsumentennahen Landwirtschaft. Denn der Grenzschutz hindert die industrielle Verarbeitung und das nötige Exportwachstum.

Die AP 14-17 versucht diesen Konflikt zu lösen. Die Landwirtschaft wird weiter reduziert und über ökologische Dienstleistungen an die neuen Einkommensmöglichkeiten im Bereich Immo-

lien, Freizeit, Erholung des Citystate herangeführt. Da Fremdkosten und Markterlöse inzwischen etwa gleich hoch sind, werden sie ‚weggekürzt‘ und die Direktzahlungen zum alleinigen Einkommen erklärt. In der WDZ sind Direktzahlungen nicht mehr ergänzender Einkommensausgleich für ungenügende Erlöse aus der landwirtschaftlichen Produktion sondern eine Geldzahlung für mess- und kontrollierbare Dienstleistungen. Abgesehen vom administrativen Aufwand führt dies zu höherem Produktionsaufwand. Modellrechnungen der AP 14-17 versuchen zu zeigen, dass ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu sinkenden Einkommen führe, weil die Landwirtschaft mit der Produktion eh nichts verdiene. Im Gegenteil, eine Reduktion der Produktionsmenge führe zu höheren Preisen, was u. E. ohne Grenzschutz und ohne erhöhte Marktmacht der Bauern nicht eintritt. Da die AP 14-17 mehr Fleisch importieren will, ergibt sich daraus rechnerisch sogar ein positiver Kaloriensaldo, was jedoch über die Versorgungssicherheit nichts aussagt.

Aus diesen Gründen fordert die SVIL keine weiteren Experimente, weder in Form des Agrarfreihandels noch mittels einer weiteren Verlagerung der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion zur einkommensmässig überwiegenden ökologischen Dienstleistung. Szenarien im Namen der ‚Ökologie‘, die dann nur zu mehr Lebensmittel- und zu wachsendem Stromimport führen, helfen unserem Land nicht.

Hans Bieri, Geschäftsführer
Schweizerische Vereinigung
Industrie und Landwirtschaft
SVIL

Zürich-Oerlikon, 14. Juni 2012